

Shlomo Avineri

Nach Libanon – Unbeantwortete Fragen

Das Policy Paper entstand im Rahmen der Arbeit des Projektes „Europa und der Nahe Osten“ im Nachgang der 10. Kronberger Gespräche der Bertelsmann Stiftung, September 2006

Auch wenn der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah im Allgemeinen hält, sind die Herausforderungen, denen sich die erweiterte Truppe der UNO im Libanon (UNIFIL-2) bei Erfüllung ihres Mandates gegenüber sieht, immer noch enorm.

Nach einigem Zögern scheinen jetzt Mitgliedsstaaten der EU, angeführt von Frankreich und Italien, bereit, erhebliche Truppenkontingente für die Friedensstreitkräfte zur Verfügung zu stellen: nachdem sie zu den lautstärksten Rufnern nach einem sofortigen Waffenstillstand im Libanon gehört hatten, steht die Glaubwürdigkeit der europäischen, und insbesondere der französischen Politik auf dem Spiel. Noch immer ist die Truppe weit davon entfernt, zusammengestellt, geschweige denn im südlichen Libanon stationiert zu sein.

Darüber hinaus sind wichtige Punkte der Umsetzung der Resolution 1701 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen immer noch nicht gelöst. Wie frühere Resolutionen des Weltsicherheitsrates (besonders UNSC 1559) fordert UNSC 1701 eine vollständige Wiederherstellung der Souveränität der libanesischen Regierung auf dem gesamten Territorium der Republik und unterstützt die eindeutliche Forderung der Regierung in Beirut, das Gewaltmonopol im südlichen Libanon zu haben. Im Klartext heißt das die Entwaffnung der Milizen und bewaffneten Einheiten der Hisbollah. Dennoch schaffte es UNSC 1559 nicht, die Instrumente für ihre Umsetzung mitzuliefern, und UNSC 1701 kann den gleichen Dilemmata gegenüber stehen.

Dies geht an die Wurzel des Problems, das den Libanon – und demzufolge die libanesisch-israelischen Beziehungen – seit Jahrzehnten plagt. Israel und der Libanon haben keine tiefreichenden Meinungsverschiedenheiten auf einer zwischenstaatlichen Ebene. Doch die Existenz eines *de facto* Hisbollah-Staates im Staat im Südlibanon, der sich dem bewaffneten Kampf gegen „die zionistische Entität“ und deren endgültiger Zerstörung widmet, hat den Libanon, gegen seinen Willen, zu einem Opfer in diesem Konflikt gemacht. In den 1980er Jahren war die PLO faktisch Staat im Staat im Südlibanon und stürzte den Libanon in den israelisch-palästinensischen Konflikt, was schließlich 1982 zur israelischen Invasion führte. Der libanesischer Premierminister Fuad Siniora kritisierte die Hisbollah für den Überfall am 12. Juli 2006, der die gegenwärtige Krise hervorgerufen hat, und ebenso taten dies die Führer von Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien. Doch es ist klar, dass trotz aller Lippenbekenntnisse die Saat für den nächsten Konflikt auch weiterhin sämtliche Hoffnungen auf Stabilisierung unterlaufen wird, es sei denn, die internationale Gemeinschaft hilft dem Libanon – durch robuste Aktionen via UNIFIL-2 –, seine effektive Souveränität im Süden zu behaupten.

Offensichtlich ist es vorzuziehen, die „Außerdienststellung“ der Hisbollah (wenn man diesen nordirischen Ausdruck verwenden darf) durch Verhandlungen statt durch Gewalt herbeizuführen, aber diese Aufgabe sollte ohne Verzögerung in Angriff

genommen werden. Das Mandat dafür existiert, was es noch braucht, ist der politische Wille: noch einmal, die Glaubwürdigkeit der UNO – und der EU – steht auf dem Spiel.

Das Ansprechen der geringfügigeren – aber irritierenden – Frage der Shebaa Farmen sollte die Entwaffnung der Hisbollah erleichtern. Doch dies hängt – wie die UNO nur zu gut weiß – von Syriens Bereitschaft ab, unzweideutig zu bestätigen, dass die betreffende Region Teil der Republik Libanon und nicht Syriens ist. Angesichts des bis zum heutigen Tage andauernden Widerwillen Syriens, die legitime Eigenstaatlichkeit und Souveränität des Libanon zu akzeptieren, und angesichts seines Widerstrebens, diplomatische Beziehungen mit Beirut zu unterhalten, ist es zweifelhaft, ob eine solche offizielle Erklärung aus Damaskus kommen wird.

Ist die Zeit reif für die Wiederaufnahme israelisch-syrischer Gespräche? Präsident Assad hat vor kurzem eine implizite Drohung gegen Israel ausgesprochen, indem er erklärte, dass die Golan-Höhen zu Syrien zurückkehren würden durch die Anwendung ähnlicher Taktiken wie die der Hisbollah. Man darf sich fragen, ob das möglich ist – es gibt kaum syrische Bewohner auf dem Golan für einen effektiven Guerillakampf und sämtliche von Syrien unterstützten Aktivitäten über die Waffenstillstandslinie hinweg werden eine israelische Antwort an die syrische Armee auslösen, was Assads Regime untergraben könnte. Damaskus weiß dies sehr gut und aus diesem Grund war man dort über die Jahre hinweg trotz aller radikaler Rhetorik sehr vorsichtig und pragmatisch, um die Waffenstillstandslinie auf dem Golan ruhig zu halten. Darüber hinaus gab es in den letzten Jahrzehnten viele israelisch-syrische Kontakte – einige heimlich, andere öffentlich. Sie scheiterten immer, da die Positionen beider Seiten nicht überbrückt werden konnten. In der in Rede stehenden Erklärung von Präsident Assad gibt es nichts, was auf eine Aufweichung der syrischen Position zum Golan hinweist. Angesichts des Debakels der Verhandlungen in Camp David im Jahr 2000 wäre es nicht ratsam, die Zweckmäßigkeit von Verhandlungen in Betracht zu ziehen, solange es keine Hinweise auf realistische Erfolgsaussichten gibt: derartige Hinweise gibt es zur Zeit nicht und somit ist es höchst unwahrscheinlich, dass ernsthafte Verhandlungen ins Haus stehen. Noch sollte Syrien ein weiteres Mal salonfähig gemacht werden, bevor die Untersuchung der syrischen Beteiligung an der Ermordung des früheren libanesischen Premierministers Rafiq al-Hariri durch die UNO abgeschlossen ist.

Der Krieg im Libanon hat die Aufmerksamkeit von der palästinensischen Frage abgelenkt, die seit der Wahl einer von der Hamas geführten Regierung im Januar 2006 festgefahren ist. Bitten an Israel, Präsident Mahmud Abbas zu „helfen“ (flexibler zu sein etc.) sind fehl am Platze: jegliche Wahrnehmung, dass Abbas und die Fatah von Israel „unterstützt“ werden, wird sie noch mehr als Quislinge und Verräter erscheinen lassen, wo sie doch ohnehin schon ernsthafte Legitimitätsprobleme in der palästinensischen Gemeinschaft haben.

Abbas sollte jedoch durch die EU unterstützt werden: der Sieg der Hamas beruhte auf ihrer Fähigkeit, die effektive Basis eines großen Netzwerkes sozialer Dienste für die palästinensische Bevölkerung zu werden, besonders in Gaza – eine Aufgabe, die die palästinensische Autonomiebehörde schwer vernachlässigt hat. Die Autonomiebehörde verschwendete einen Großteil ihrer mageren Ressourcen auf die Duplizierung von Sicherheits- und Spionagediensten und machte sich auf diese

Weise zu einem weiteren typischen *mukhabarat* (*Geheimdienst*) Staat. Hilfe für Abbas sollte nicht heißen, die mit der Fatah verbundenen Milizen zu stärken, sondern sollte helfen zur Schaffung eines glaubwürdigen Netzwerkes sozialer Dienste, die der Präsidentschaft zugerechnet werden, beitragen. Vor kurzem wurden in Gaza einige Stimmen laut – wenig überraschend von Seiten der Hamas kommend – , dass die Palästinenser nach dem Rückzug der Israelis aus Gaza wieder einmal eine Gelegenheit zum Aufbau einer Nation verpasst hätten. Solche Stimmen sollten ermutigt werden und Abbas sollte auf dieser Ebene von der EU unterstützt werden: solange viele Palästinenser auch weiterhin Kunden der mit der Hamas verbundenen sozialen Dienste sein werden, solange werden politische Alternativen unter ihnen wenig Chancen haben.

Der Krieg im Libanon hat die Chancen reduziert, dass die Olmert-Regierung – auch wenn sie an der Macht bleibt, was nicht garantiert ist – in der Lage sein wird, ihr „Konvergenz“-Projekt weiterer einseitiger Rückzüge aus der West Bank fortzusetzen. Während es politisch korrekt klingen mag, wieder einmal israelisch-palästinensische Verhandlungen zu fordern, so glaubten selbst vor dem Libanon-Krieg die meisten Israelis nicht daran, dass sie machbar wären, und unterstützten deshalb die unilaterale Option Sharon-Olmert. Nach Libanon sind die Aussichten darauf noch düsterer. Die EU sollte sich nicht in unrealistische Hoffnungen verstricken. Bevor die Situation im Libanon sich nicht stabilisiert, steht weiterer Fortschritt auf einen umfassenden Frieden im Nahen Osten leider nicht in den Karten.

Shlomo Avineri ist Professor für Politikwissenschaft an der Hebräischen Universität Jerusalem. Er war Generaldirektor des israelischen Außenministeriums in der ersten Regierung von Premierminister Jitzhak Rabin.

Prof. Avineri kann kontaktiert werden via shlomo.avineri@huji.ac.il oder via Herrn Hanelt bei der Bertelsmann Stiftung (christian.hanelt@bertelsmann.de).

Übersetzt von Gudrun Staedel-Schneider (staedelschneider@gmx.de)